

Klimaaktivismus – ein Prüfstein für den Rechtsstaat?

Seit 2019 hat die Fridays-for-Future-Bewegung einen Bewusstseinswandel erreicht, denn kaum jemand kommt noch drum herum, der brutalen Wahrheit des Klimawandels ins Gesicht zu sehen. Auch zum Politikwechsel in Berlin konnte sie beitragen. Allerdings hat sie es bislang nicht geschafft, die neue Bundesregierung auf Kurs zum 1,5 Grad Ziel zu bringen, denn die aktuellen Maßnahmen und Programme reichen dafür nicht aus, etliches ist in dieser Hinsicht sogar kontraproduktiv (Tankrabbatt, neue Erdgasquellen, Reaktivierung von Kohlekraftwerken). Diese Kurskorrektur haben sich jetzt wohl die Klimaaktivisten der „Letzten Generation“ auf die Fahnen geschrieben. Aber aller Voraussicht nach werden sie damit scheitern, weil das die Mehrheiten im Bundestag und in der Bevölkerung schlicht nicht hergeben. Denn weder die Politik noch die Masse der Deutschen ist so weit, aus der menschengemachten Erderwärmung weitreichende Konsequenzen zu ziehen, die dem Ernst der Lage angemessen wären. Wer kennt schon seinen persönlichen CO₂-Fußabdruck und arbeitet gezielt daran, ihn zu senken, um vom deutschen wenigstens auf den globalen Durchschnitt kommen (was in etwa einer Halbierung entspräche)?

Einiges ist beim Klimaschutz seit dem Machtwechsel nach der Bundestagswahl in Bewegung geraten, der Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen, die Elektrifizierung von Autoverkehr und Heizungen etwa, das Tempo reicht jedoch nicht aus für die Geschwindigkeit des Klimawandels. Insofern bilden die Alarmsignale der Klimaaktivisten die Realität besser ab als die beruhigenden Presseerklärungen der Bundesregierung. Von der kam im ersten Regierungsjahr mit Verweis auf Russlands Krieg gegen die Ukraine viel Systemstabilisierung, aber wenig Transformation. Von der vielbeschworenen Klimaneutralität sind wir ohnehin noch meilenweit entfernt. Die Bundesregierung müsste mehr Geld für Klimaschutz in die Hand nehmen, es muss vielleicht kein „Doppelwumms“ sein, aber die von Fridays for Future geforderten 100 Milliarden wären schon die richtige Größenordnung. Und sie müsste klimaschädliche Subventionen abbauen, mit dem positiven Nebeneffekt einer teilweisen Gegenfinanzierung des Klimaschutzpakets. Fast noch wichtiger als zusätzliches Geld wäre allerdings die konsequente Ausrichtung divergierender Ressortinteressen auf die Klimaschutzziele. Dazu müsste der Bundeskanzler regelmäßig ein „Klimakabinett“ mit den MinisterInnen für Energie, Bauen, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, etc., einberufen: also eine Abbildung der wichtigsten Sektoren, aus denen die Treibhausgasemissionen stammen. Nur so ist eine konsistente Klimaschutzstrategie und -politik möglich.

Dass den Klimaaktivisten bei Straßenblockaden nicht selten die blanke Wut entgegenschlägt, kommt nicht von ungefähr. Es ist die Wut, im Stau zu stehen, an dem seit jeher die anderen schuld sind, die Verkehrsplaner oder die anderen Verkehrsteilnehmer, die blöderweise nicht mit Bahn, ÖPNV oder Fahrrad unterwegs sind, sondern ebenfalls mit dem Auto. Das Versprechen der Freiheit und unbegrenzten Mobilität können die Verkehrspolitikern trotz jahrzehntelanger Straßenbauorgien immer weniger einlösen. Das deutsche Straßennetz ist gigantisch gewachsen, die Verkehrsleistung von Pkw und Lkw geht weiter nach oben. Gleichzeitig stellen Bahn, ÖPNV und Fahrrad mit ihrer teils dürftigen Infrastruktur oft keine wirkliche Alternative dar. Nun wird nach zwei Coronajahren wieder lustig gefahren und geflogen, als gäb's kein Morgen.

Viele sind genervt von den Klimaaktivisten, das Medienecho ist bestenfalls neutral, überwiegend jedoch negativ, und es mehren sich die Rufe nach der harten Hand des Staates. Die bayerische CSU prescht wieder mal vor durch Anwendung der Präventivhaft, die hier bis zu 30 Tage betragen kann. Und man sucht bundesweit nach Anhaltspunkten, die „Letzte Generation“ als kriminelle Vereinigung einzustufen und strafrechtlich zu verfolgen. Dieser Vorstoß geht weit über die bisherigen Anklagepunkte „Verstoß gegen das Versammlungsrecht“ oder „gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr“ hinaus. Die Strafen dafür waren die logische Konsequenz für die Aktionen der „Extinction Rebellion“ und Co., aber für eine Kriminalisierung staatlicherseits gibt es weder einen Anlass noch eine Rechtfertigung. Diese „Überprüfung“ ist in der Praxis begleitet von Hausdurchsuchungen, bei denen am 12. Dezember 2022 Türen aufgebrochen und Computer

beschlagnahmt wurden. Die Verfolgung der Klimaaktivisten als „kriminelle Vereinigung“ geht eindeutig zu weit. Das ist nicht mehr verhältnismäßig und wahrscheinlich auch rechtlich nicht haltbar.

Gerade die Hardliner von der CSU müssen sich fragen lassen, wieso ihre Verkehrsminister in der Ära Merkel den Straßenbau exzessiv unter Vernachlässigung der klimafreundlichen Verkehrsmittel vorangetrieben, gleichzeitig viele Städte mit dem Problem der Dieselabgase und der Überschreitung der Stickoxid-Grenzwerte allein gelassen haben. Speziell die bayerische Staatsregierung hat dabei nicht nur Gesundheitsschäden billigend in Kauf genommen, sondern auch wissentlich gegen Gesetze verstoßen und gerichtlich verhängte Strafgelder achselzuckend überwiesen.

Apropos Gesetzesverstöße: Verkehrsminister Wissing (FDP) hat mit der Überschreitung der Treibhausgas-Emissionen 2021 im Verkehrsbereich die Vorgaben des Klimaschutzgesetzes nicht eingehalten und muss jetzt schleunigst nachbessern. Was ihm erkennbar schwer fällt, denn schließlich sollen eherne Prinzipien wie „keine Inlandsflugverbote“, „freie Fahrt für freie Bürger“, „kein Tempolimit“ weiterhin Bestand haben. In einer Autogesellschaft wie der unseren scheint das Privileg, mit dem Wagen jederzeit ungehindert von A nach B zu fahren, nebenbei die Luft zu verpesten und das Klima aufzuheizen, das höhere Rechtsgut zu sein gegenüber der im Grundgesetz verankerten „körperlichen Unversehrtheit“. Ist es aber nicht.

Viele Medien haben nach dem Tod der Radfahrerin in Berlin die (falsche) Botschaft übermittelt, die Klimaaktivisten hätten die Rettungskräfte behindert und sich so am Tode dieser armen Frau mitschuldig gemacht. Die Richtigstellung der Rettungsärztin ging im Sturm der Entrüstung völlig unter. Das zeigt, wie aufgeheizt die Atmosphäre inzwischen ist. Wie im Himmel, so auf Erden. Vorschlag zur Güte: mehr Klimaaktivismus in der Regierung, weniger in Museen und auf der Straße! Können wir uns darauf einigen? (rk)